Nummer 271

Halle, Dienstag, den 18. November 1924

59. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Halleſche Neueſte Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutſchland

Die „Saale-Zeitung" erſcheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unſere Boten, Ausgabeſtellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Poſt 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zuſtellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausſtraße 17. Fernſprecher: Sammel-Nummer 7431. Draht-Anſchrift „Saalezeitung Halleſaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Poſtſcheck-Konto: Leipzig Nr 22815. Erfüllungsort u Gerichtsſtand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Am Sonntag wurde in Bern die Einigung in den deutſch-ſchweizeriſchen Wirtſchaftsverhandlungen bekannt. Es kann feſtgeſtellt werden, daß das Ergebnis in Schweizer Kreiſen mit großer Befriedigung aufgenommen wird.

*

Die Arbeiten der deutſch-ruſſiſchen Konferenz wurden am Sonnabend aufgenommen. Die Konferenz wird vorausſichtlich zwei Monate dauern. Deutſchland wünſcht, wie verlautet, vor allem die Klarſtellung des Verhältniſſes der Sowjetregierung zu der Tätigkeit der deutſchen Induſtriegeſellſchaften in Transkaukaſien. Erſt dann wird es an die Feſtſtellung des Textes des künftigen Handelsvertrages herantreten.

*

Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet aus Paris: Die Generäle de Metz und Denoignes, die in Speyer und Mainz das Oberkommando ausübten, werden durch zwei Beamte der Rheinlandkommiſſion erſetzt. — Es wird auch wirklich höchſte Zeit, daß de Metz fortkommt, er iſt einer der widerlichſten Vertreter des franzöſiſchen Militarismus.

*

Wie die amerikaniſchen Blätter melden, wird der amerikaniſche Botſchafter in Berlin, Houghton, der eben nach Deutſchland zurückgereiſt iſt, ſeinen Berliner Poſten im März verlaſſen und den Botſchafterpoſten in London wieder anſtelle des zurücktretenden Kellogg übernehmen.

*

Die Beſprechungen über die Löſung der öſterreichiſchen Regierungskriſe dauern fort. Es iſt nicht ausgeſchloſſen, daß die Neuwahl der Regierung nicht Dienstag, ſondern erſt in der zweiten Hälfte der kommenden Woche erfolgen kann.

*

Die italieniſche Kammer hat mit 315 gegen 8 Stimmen die auswärtige Politik der Regierung gutgeheißen. Muſſolini hatte die Vertrauensfrage geſtellt. Giolitti iſt an die Spitze der Oppoſition getreten.

*

Das „Berliner Tagebl." meldet aus Rom: Als der ruſſiſche Botſchafter ins Auswärtige Amt fuhr, riß ein junger Faſziſt die Sowjetfahne, die am Auto befeſtigt war, herab. Der Täter wurde verhaftet. Muſſolini drückte dem Botſchafter ſein tiefſtes Bedauern aus.

*

Millerand hat in Paris vor dem Verband chriſtlicher junger Männer eine lange Anſprache gehalten und **das Programm der Oppoſitionsparteien** vorgetragen. Millerand iſt gegen jegliche Reviſion des Friedensvertrages, gegen Anerkennung Sowjetrußlands, gegen die Aufgabe der Geſandſchaft beim Vatikan, gegen die Herabſetzung der **Militärdienſtzeit.**

*

Nach der Anerkennung Sowjet-Rußlands durch Frankreich verlangt Rußland die Rückgabe der in Biſerta (Franzöſiſch-Nordafrika) liegenden Flotte des aufſtändiſchen ruſſiſchen Generals Wrangel, die aus zwei Panzerſchiffen, einem Kreuzer, ſieben Zerſtörern, drei Torpedobooten, vier modernen Unterſeebooten, zwei Kanonenbooten und einigen Transportſchiffen beſteht.

*

Die Lage in Spanien iſt nach der Auffaſſung ausländiſcher Beobachter in Paris immer peſſimiſtiſcher zu beurteilen. Die Erhaltung des Direktoriums ſcheint allein von der Aufrechterhaltung der Einheit innerhalb des Heeres und des Offizierkorps abhängig. Dieſe Einheit iſt ſchwer erſchüttert.

*

Nach einer Meldung aus Kairo iſt Zaglul Paſcha infolge von Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts zurückgetreten. — Der Rücktritt iſt eine Folge des Scheiterns der Verhandlungen Zaglul Paſchas in London über die Anſprüche Aegyptens auf den Sudan und iſt ein äußerſt bedenkliches Zeichen für die Verſchärfung des ägyptiſchen Widerſtandes gegen England.

*

Nach dem „Journal" ſind zurzeit zwiſchen Paris, London, Tokio und Rom Beſprechungen über ein Eingreifen europäiſcher Mächte in China im Gange. Das Blatt dementiert die Gerüchte, wonach Frankreich Truppen in China landen werde, verzeichnet dagegen Meldungen aus privater Quelle, daß England die Initiative ergreifen wird.

*

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Tokio macht Japan ſeit der Aufhebung des engliſch-japaniſchen Bündniſſes große Anſtrengungen zur Herbeiführung einer Entente mit Frankreich.

Der Reparationsagent gegen die 26%.

Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter amerikaniſcher Seite erfährt, bedeutet das Schreiben des Generalagenten an den deutſchen Reichsfinanzminiſter über die Exportabgaben nichts anderes als einen **Angriff gegen die Methoden der engliſchen und franzöſiſchen Regierungen.** Der Schritt Gilberts würde auch in hervorragender Weiſe die deutſchen Handelsvertragsverhandlungen mit verſchiedenen Ländern, die jetzt im Gange ſind, und die Autorität des Dawesplanes beeinfluſſen. Der Brief des Generalagenten wird als erſter Vorſtoß gegen die unrechtmäßige Beſteuerung der deutſchen Ausfuhr angeſehen. Gilberts Brief wäre inſofern bedeutungsvoll, als er das alleinige Recht des Reparationsagenten in einer ſeiner wichtigſten Funktionen beſtätigt. Der Brief Gilberts ſpricht ſchließlich Engländern, Franzoſen und allen andern Nationen die Berechtigung ab, die 26prozentige Ausfuhrabgabe zu erheben und ſomit die Rechte des Generalzahlungsagenten zu kürzen.

Erregung in Frankreich.

Der Brief des Generalagenten für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, an den Reichsfinanzminiſter Dr. Luther, bildet in franzöſiſchen amtlichen Kreiſen den Gegenſtand lebhafter Auseinanderſetzungen. Auf eine Anfrage am Quai d'Orſay wurde unſerm Vertreter mitgeteilt, daß die franzöſiſche Regierung ſich durch die Stellungnahme des Generalagenten nicht beeinfluſſen laſſen wird und es auch fernerhin ablehnt, die Erhebung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, die ſyſtematiſch fortgeſetzt werden ſoll, mit dem Abſchluß eines deutſch-franzöſiſchen Handelsvertrages in Verbindung zu bringen.

Die Möglichkeit eines Konfliktes zwiſchen der franzöſiſchen Regierung und dem Transfer-Ausſchuß iſt damit in unmittelbare Nähe gerückt. In einem ſolchen Fall müßte das im Dawesgutachten vorgeſehene Schiedsgericht in Tätigkeit treten. Auf franzöſiſcher Seite beſteht aber die Abſicht, nur die Entſcheidung der Reparationskommiſſion gelten zu laſſen, und zwar mit der Begründung, daß es ſich bei der Recovery-Act um eine politiſche, aus dem Verſailler Vertrag reſultierende Maßnahme handele.

Engliſches Erſtaunen.

In London hat die Berliner Meldung, wonach der Generalagent für die Reparationszahlungen, Gilbert, beſchloſſen habe, vom 1. Dezember ab die gemäß der Recoveryacte erhobenen Beträge bei den Reprarationen nicht mehr in Anrechnung zu bringen, größtes Aufſehen erregt. Eine ungenannte Perſönlichkeit hatte der „Evening News" erklärt, wenn die Meldung ſich beſtätige, ſei das geſamte Londoner Abkommen bedroht. (?) In offiziellen engliſchen Kreiſen erklärte man, erſt einmal eine Beſtätigung der Meldung abzuwarten.

Die Rückgabe der rheiniſchen Bahnen.

Die Uebergabe der rheiniſchen Bahnen hat in der vergangenen Nacht ſtattgefunden. Die deutſchen Beamten haben um 12 Uhr nachts ihren Dienſt angetreten. Soweit bisher zu überſehen iſt, iſt die Uebergabe ohne jede Schwierigkeit erfolgt.

Obwohl das Regieperſonal bereits vollſtändig abtransportiert und nur noch einige höhere Beamte zur Uebergabe in Köln anweſend waren, ging die Freimachung und Zurückgabe von Wohnungen nur ſehr langſam vonſtatten. Es fällt auf, daß die Büros zum Teil in ſehr unſauberem Zuſtande übergeben worden ſind, ſo daß der heutige erſte Tag in der Hauptſache zu Reinigungsarbeiten benutzt werden muß.

Anläßlich der Wiederübernahme der Regiebahnen hat der Generaldirektor der Deutſchen Eiſenbahngeſellſchaft, Reichsminiſter a. D. Oeſer, an die Beamten, Angeſtellten und Arbeiter der Eiſenbahnen des beſetzten Gebietes einen Aufruf erlaſſen, in der er ihrer Aufopferung und Pflichttreue in den zwei Jahren der Regieverwaltung gedenkt und die Hoffnung ausſpricht, daß ſie im gleichen Sinne auch am Wiederaufbau der deutſchen Bahnverwaltung mitarbeiten werden.

Um Verwirrungen zu vermeiden, bleibt zunächſt der Regiefahrplan beſtehen. Die Reichsbahn wird ſchnellſtens einen verbeſſerten deutſchen Fahrplan einführen, der im weſentlichen den Zuſtand von 1922 vor dem Ruhrunternehmen wieder herſtellt unter möglichſter Berückſichtigung der ſchon für den 1. Juni 1923 vorgeſehenen, aber noch nicht durchgeführten Fahrplanverbeſſerung.

*

Das Fahrperſonal auf den Zügen iſt bereits ſeit einigen Tagen durchweg deutſch. Auch aus den Reparatur- und Betriebswerkſtätten ſind die franzöſiſchen und belgiſchen Arbeiter vollſtändig herausgezogen worden.

2400 deutſche Angeſtellte, die während des paſſiven Widerſtandes in den Dienſt der Regie getreten waren, gehen auf franzöſiſche Aufforderung hin nach Frankreich, wo ſie zum Teil in Fabriken untergebracht werden; ein kleiner Teil geht in die Kolonien. (!)

Die Regie hatte es abgelehnt, mit den Beamten der deutſchen Reichsbahn irgendwelche Uebergabeverhandlungen vorzunehmen, und zwar begründete ſie ihre Ablehnung damit, daß ſie für Störungen und Beſchädigungen im Eiſenbahnverkehr nicht verantwortlich gemacht werden könne, da ſie die Eiſenbahnen bei Beginn des paſſiven Widerſtandes ſo übernommen habe, wie ſie ſie vorfand. An dieſem Zeitpunkt ſeien aber ſchon umfangreiche Zerſtörungen vorhanden geweſen. Die größten Zerſtörungen habe ſie, die Regie, ſofort wieder ausgebeſſert, wie ſie zu einer geordneten Durchführung des Betriebes notwendig geweſen ſeien.

Im übrigen hat die Regie während ihrer Herrſchaft im Ruhrgebiet an den Bahnen **Raubbau getrieben**. Anſchaffungen, Ausbeſſerungen und Inſtandhaltungen auf lange Sicht wurden von ihr nicht vorgenommen, da ſie von vornherein wußte, daß ſie eines Tages wird ſang- und klanglos abziehen müſſen.

*

Wie in Rheinſchiffahrtskreiſen verlautet, wird die belgiſche Regierung unmittelbar nach Uebergabe der Regiebahn an die Reichsbahn die Güterfrachten ermäßigen, um den Tranſitverkehr von Weſtdeutſchland über Antwerpen zu ſteigern.

*

Nach einer Mitteilung der Kölner Reichsbahndirektion verfügt die Reichsbahn zurzeit über ein Perſonal von 700 000 Köpfen, darunter rund 300 000 Beamten. Das geſamte Regieperſonal umfaßt gegenwärtig rund 105 000 Köpfe, darunter 85 000 ehemals deutſche Eiſenbahner. Den höchſten Perſonalſtand erreichte die deutſche Reichsbahn im Jahre 1919 mit 1 121 745 Köpfen.

Gemeindewahlen in Anhalt.

Das Ergebnis der geſtrigen anhaltiſchen Gemeindewahlen geſtaltet ſich folgendermaßen:

Stadtverordnetenwahl in Deſſau. Sozialdemokraten 17 540 (18 190) 16 Sitze, Kommuniſten 1 132 (1 398) 1 Sitz, Völkiſche 887 (1 174) 0 Sitze, Bodenreformer 807 (642) 0 Sitze, Demokraten 3 848 (3 862) 4 Sitze, Volksgemeinſchaft 16 026 (16 897) 15 Sitze.

*

Wahlen zum Deſſauer Kreistag.

Kommuniſten 2 748 (2 993), Sozialdemokraten 24 208 (25 133), Demokraten 5 647 (5 306), Bodenreformer 1 240 (797), Volksgemeinſchaft 23 253 (23 727).

*

Stadtverordnetenwahl in Bernburg. Sozialdemokraten 7 322 (6 968), Demokraten 810 (1 108), Kommuniſten 1 338 (1 620), Völkiſche 1 391 (1 593), Hausbeſitz 1 260 (0), Volksgemeinſchaft 6 432 (7 507), 16 Sitze der Bürgerlichen gegen 14 Sitze der Linken.

Stadtverordnetenwahl in Cöthen. Sozialdemokraten 6 335 (6 191) 13 Sitze, Demokraten 1 374 (1 363) 3 Sitze, Völkiſche 540 (660) 1 Sitz, Volksgemeinſchaft 6 663 (6 285) 13 Sitze.

*

Stadtverordnetenwahl in Zerbſt. Sozialdemokraten 4 330 (5 244) 10 Sitze, Demokraten 989 (1 074) 3 Sitze, Kommuniſten 185 (420) 0 Sitze, Volksgemeinſchaft 4 581 (4 588) 11 Sitze.

*

Stadtverordnetenwahl in Ballenſtedt. Sozialdemokraten 589 (569) 3 Sitze, Wirtſchaftsbund 68 (0) 0 Sitze, Mieterliſte 213 (0) 2 Sitze, Kommuniſten 88 (175) 0 Sitze, Völkiſche 260 (313) 2 Sitze, Volksgemeinſchaft 1 912 (2 051) 11 Sitze.

*

Aus dem Ergebnis geht hervor, daß die Wahlbeteiligung etwas ſchwächer geweſen iſt, als bei den Landtagswahlen, in erſter Linie beim Bürgertum, eine weſentliche Veränderung der Stimmverhältniſſe iſt aber nicht eingetreten.

Wovon leben?

Wovon leben? Das iſt die bange Frage, die ſich auch jetzt wieder bei den ſtändigen Preisſteigerungen der weitaus größte Teil unſeres Volkes ſtellt. Zwar die glückliche Jugend, die für niemanden zu ſorgen hat, als für ſich ſelber, ſie ſcheidet aus. Ob der jugendliche Arbeiter oder Angeſtellte, oder die immer weniger werdenden, denen der Vater während der Berufsvorbereitung den Lebensunterhalt beſtreitet: ſie wiſſen nicht, wie dieſe Frage quält und auf ſo vielen Millionen Volksgenoſſen laſtet. Und dann gibt es noch einige wenige, die Glückszufall oder hervorragende Leiſtung — auch Begabung mit beſonderer Intelligenz und Energie iſt ja nur ein Glückszufall — an beſonders begünſtigte Stelle im Leben geſetzt hat, die wenig ſpüren von dieſer bangen Frage.

Aber geht man hinein in die Familien der Arbeiter und kleinen und mittleren Angeſtellten und Beamten, geht hin zu denen, die ohne Schuld erwerbslos ſind, ja geht man hin zu den kleinen Geſchäftsleuten und Handwerkern, den Kleingutsbeſitzern und viel weiter hinauf auf der ſozialen Leiter als man zunächſt denkt: nicht gerade Hunger im bitterſten Sinne des Wortes iſt es, was man findet, aber Mangel an dieſem und jenem, was man braucht oder doch ohne Beeinträchtigung der Lebensfreude und Schaffensfreudigkeit nicht entbehren kann. Der Menſch lebt ja nicht vom Brot allein.

Das große Problem, das in der Frage liegt, beſchränkt ſich jedoch nicht auf den Einzelnen. Die Geſamtheit, organiſiert als Staat, Land und Gemeinde, ſteht vor der gleichen Frage. Für ſie iſt es das Problem: woher die Steuern nehmen? Und endlich das ganze große 60-Millionenvolk als Einheit, als ein einiges vielköpfiges Lebeweſen betrachtet, muß angeſichts der Forderungen übermächtiggewordener Feinde und angeſichts der Veränderungen der Weltwirtſchaftsverhältniſſe ſich fragen: wovon leben?

Da iſt die kluge, trügeriſche Zauberin Politik gekommen und hat eine Löſung des Rätſels ins Volk geworfen: Glaube an die Worte des Propheten, an Karl Marx, der der Weisheit letzten Schluß gefunden hat: „lebe auf Koſten der Anderen, der Beſitzenden". Und ſeitdem glaubt ein großer Teil unſeres Volkes an dies Zauberwort und wartet ſeit Jahr und Tag darauf, daß es ſich erfüllen werde. Wartet darauf, obgleich nach Krieg und Revolutionswirtſchaft und Tributzahlungen an den Feind kaum noch ein Drittel des „Beſitzes" übrig geblieben iſt. Wartet darauf, ohne zu bedenken, daß der Beſitz, die Beſitzenden ja die Motore ſind, die das ganze Wirtſchaftsleben in Gang halten und daß Millionen von uns — und zwar nicht von den Großen, die von Export und Import vom Auslandsverkehr leben, ſondern die Millionen gerade der Kleinen, all die Arbeiter, Handwerker und kleinen Geſchäftsleute — brotlos werden, wenn es keinen Beſitz mehr gibt, der in der Lage iſt, Anſchaffungen zu machen, die über das Maß des zum nackten Leben Notwendigen hinausgehen.

Wenn erſt keiner mehr von uns etwas hat, das ihm eine gehobene Lebenshaltung ermöglicht, wenn alſo das Ziel des Marxismus, daß wir alle materiell gleich ſind, erreicht iſt auf dem Klaſſenkampfwege, daß man den Beſitzenden den Beſitz nimmt, um ihn den Nichtbeſitzenden zuzuweiſen — wenn wir erſt dahin gelangt ſind: wovon ſollen all die Millionen Arbeiter, Handwerker, Kleinhändler uſw. leben, die heute Luxusgegenſtände herſtellen oder verkaufen?

Gewiß, es iſt wunderbar einfach, das Zauberrezept von Karl Marx und ſeinen Jüngern: „der Beſitz muß die Laſten und Steuern tragen, der Beſitz muß dem Arbeiter, dem ganzen Volke das Exiſtenzminimum gewähren". Aber, ſtatt immer nur gedankenlos dieſen marxiſtiſchen Roſenkranz herunterzubeten, denke man einmal ein klein wenig nach, ſtelle ſich an ſeinem eigenen Beiſpiel vor, was denn dann werden würde, wenn es keine Beſitzenden mehr gäbe, keinen, der ſich mehr leiſten kann als die Normalration an Nahrung, die Normalkleidung und die Normalwohnung. Davon, daß dann das Leben wie Sträflingsleben mit Gefängniskoſt, Gefängniskleidung und ſchmuckloſer Gefangenenzelle ſein würde, will ich gar nicht reden. Sondern ganz einfach: wovon wollteſt du, deine Nachbarn, deine Bekannten leben, wenn es keine Käufer mehr gibt, außer für Kartoffeln und Drillichſtoffe und grobes Schuhzeug und für einige ganz wenige andere Bedarfsartikel?

Hat man ſich das eigentlich auch nur ein einziges Mal am eigenen oder irgend einem anderen Beiſpiel klar gemacht, wohin das führen würde, wenn der Marxismus, dieſe Lehre vom Leben auf Koſten des Beſitzes Wirklichkeit würde?

Seit 6 Jahren hat man ja immer wieder, geſtützt auf die Zaubergläubigkeit der Gedankenarmen, verſucht, den Marxismus in der Lohnpolitik und Steuerpolitik uſw. zu verwirklichen, und wenn man das Leben, das wir alle früher führten, mit dem vergleicht, das wir ſeit jenen marxiſtiſchen Bemühungen führen, dann ſieht man ganz deutlich: der Weg iſt genau in der Richtung gegangen, die ich ſoeben geſchildert habe, mit dem Verarmen des Beſitzes werden auch wir ſelbſt alle immer ärmer, und noch immer ärmer, und ſchließlich haben wir alle keine Arbeit und alſo auch kein Auskommen mehr, weil wir keine Abnehmer mehr haben für das, was wir mit unſerer Arbeit ſchaffen.

Die Frage: „Wovon leben?" wird immer häufiger und immer drängender und dabei immer unlösbarer werden, ſolange wir uns nicht von dem Zauberglauben frei machen, daß einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241118015/fragment/page=0001

auf Koſten des anderen leben könne. Dieſer Glaube iſt wie eine Morphium- oder Kokainvergiftung, die uns immer tiefer ins Elend und ſchließlich ums Leben bringt. Das Gift aber iſt der Neid, und Neid hat kein Ende. Denn gibt es auch nur einen Menſchen, der am andern nicht irgend etwas zu beneiden fände? Geht es den Dollarkönigen denn darin anders als dem Beſcheidenſten unter uns?

Erſt müſſen wir den Neid, dieſes Gift aus uns herausreißen. Muß es mich denn wirklich unglücklich und unzufrieden machen, daß ich nicht ſo reich und mächtig bin wie der Automobilkönig Ford oder der Bankkönig Morgan?, daß ich nicht ein prachtvolles Rittergut mit ſchönem Schloß, daß ich nicht einmal eine Villa oder ein beſcheidenes Häuschen mein eigen nenne, daß ich kein Automobil und nicht einmal ein Fahrrad habe und daß ich nicht das Geld habe, meine Frau oder Braut in Pelze und Seide zu kleiden und mit Schmuck zu behängen? Ich will froh ſein, daß es andere gibt, die ſich ſo etwas leiſten können, denn wenn ich es nicht tun kann, ſo geben ſie doch wenigſtens dem Händler, dem Goldarbeiter, dem Fabrikanten und ſeinen Arbeitern aus ihrem Reichtum Geld zum arbeiten und zum leben.

Nicht damit löſt man die Frage: „Wovon Leben?“, daß man nach der trügeriſchen Zauberformel des Karl Marx und unſerer Sozialiſten den Reichtum vernichtet, ſondern mit der Formel, die der franzöſiſche Sozialiſt und Miniſterpräſident Herriot kürzlich geprägt hat, indem er als das Ziel ſeiner politiſchen Tätigkeit nannte: „Reichtum ſchaffen“. Je mehr Reichtum, deſto mehr wird ausgegeben, und je mehr ausgegeben wird, deſto mehr Geld geht um und fließt auch in unſere Taſchen.

Man laſſe ſich doch nicht immer wieder irr und wirr machen von der Politik und dem Ehrgeiz der Politiker, ſondern ſehe ſich die Wirklichkeit mit eigenen Augen an, ſehe hin, wie die Dinge zuſammenhängen und wie anderer Leute Reichtum uns ſelber die Taſchen füllt. Wenn es keine Reichen mehr gibt, wie die Marxiſten wollen, dann ſind wir eben alle arme Leute und dann wird keiner von uns je die quälende Sorge los: „Wovon leben?“

A. E. II.

Um die Perſonalordnung der Reichsbahn.

Die Spitzenorganiſationen der Eiſenbahner haben am Freitag zu dem vorliegenden 5. Entwurf einer neuen Perſonalordnung für die Reichsbahn-A.-G. Stellung genommen, der der am 20. November ſtattfindenden Sitzung des Verwaltungsrates zur Beſchlußfaſſung vorgelegt werden ſoll. Auch mit dieſem Entwurf erklärten ſich die Organiſationsvertreter nicht einverſtanden, da er gegenüber dem früheren Rechtszuſtand weſentliche Verſchlechterungen bringe. Die Spitzenverbände beſchloſſen deshalb, den Generaldirektor Oeſer der Reichsbahn-A.-G. in einem Brief aufzufordern, noch vor der Sitzung des Verwaltungsrates nochmalige Verhandlungen mit den Organiſationen über eine Abänderung der Perſonalordnung aufzunehmen.

Vor der neuen Beſoldungsordnung der Beamten.

Die in Ausſicht genommenen Verhandlungen zwiſchen der Reichsregierung und den Spitzenorganiſationen der Beamtenſchaft über eine neue Lohnregelung werden vorausſichtlich am 20. Nov. im Reichsfinanzminiſterium beginnen.

*

Die Lohnverhandlungen bei der Reichspoſt wurden mangels Einigung auf den 20. Nov. vertagt. Die Vertreter der Arbeitnehmer bezeichnen die bisherigen Zugeſtändniſſe als ungenügend.

Für das Selbſtverwaltungsrecht der Gemeinden.

Im Sitzungsſaal des Reichstages trat geſtern der Preußiſche Landgemeindetag zu einer Sitzung zuſammen.

Geſchäftsführer **Reichstagsabgeordneter Landrat a. D. Dr. Gerecke** wies auf das Wachstum des Landgemeindeverbandes hin, der mit 6000 Mitgliedsgemeinden begonnen habe, jetzt aber 22 000 Gemeinden und über 260 Kreisabteilungen umfaſſe. Das heutige Steuerſyſtem ſei für die Gemeinden unerträglich. Sie müßten wieder eigene Steuerquellen unter eigener Verantwortung erhalten. Der Redner bezeichnete die Kommunaliſierung des Schulweſens als untragbar.

Miniſterialrat **Dr. Kaufmann** vom Reichsfinanzminiſterium erklärte, die Reichsregierung wolle den Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten zur Erfüllung ihrer lebenswichtigen Aufgaben geben.

Dr. v. Kries, der Vizepräſident des Preußiſchen Landtages, referierte über die Verwaltungsreform, die durch die Auflöſung des Landtages unerledigt geblieben ſei. Vor allem müſſen die Gemeinden wieder eine ſichere finanzielle Grundlage durch das **Zuſchlagsrecht zur Einkommenſteuer** erhalten. Auf das Aufſichtsrecht über die Gemeinden könne der Staat nicht verzichten, aber bei der Durchführung der Aufſicht müßten die **Rechte der Selbſtverwaltung gewahrt bleiben.**

Nach Dr. v. Kries ſprach Landtagsabgeordneter **Rektor Herrmann-Friedersdorf.**

Als Ergebnis der Ausſprache wurde

zur Schulreform folgende Entſchließung

einſtimmig angenommen:

Die Kommunaliſierung der Volksſchulen, die von anderer Seite gefordert wird, wird entſchieden abgelehnt. Den Schulverbänden muß nach den demokratiſchen Grundſätzen des Selbſtverwaltungsrechtes die Entſcheidung allein darüber zuſtehen, ob ihr Vorſitzender ein Gemeindevorſteher, ein Lehrer oder eine ſonſt geeignete Perſönlichkeit iſt.

In der einſtimmig angenommenen

Entſchließung zur Finanzreform

heißt es:

Der Preußiſche Landgemeindetag fordert die Wiederherſtellung der gemeindlichen Finanz- und Steuerhoheit, insbeſondere die Rückgabe des Zuſchlagsrechts der Gemeinde zu den Beſitzſteuern Bei der Steuerveranlagung muß, wie in früherer Zeit, ein **Mitwirkungsrecht im Sinne der alten** Voreinſchätzungskommiſſion **durch die berufenen** Vertreter der Gemeinden ſichergeſtellt werden. Die Ueberweiſung neuer Aufgaben an die Gemeinden darf nur nach Bereitſtellung der dazu erforderlichen Mittel erfolgen.

Zur Verwaltungsreform

wurde eine Entſchließung angenommen, die beſagt: Der erſte Preußiſche Landgemeindetag fordert deren ſchnelle Durchführung. Die Vereinfachung der Landesverwaltung durch Zuſammenlegen von Miniſterien, die Aufrechterhaltung der preußiſchen Regierungen als alleinige Mittelinſtanz und die dadurch erfolgte Verkürzung des Inſtanzenweges ſind vorbehaltlich einer ſpäteren großen Reform in der Verwaltung beſchleunigt durchzuführen.

Der Landgemeindetag wendet ſich mit allem Nachdruck **gegen die reſtloſe Einführung von Landbürgermeiſtereien**, vor allem mit Rückſicht auf die Gemeindefinanzen und die Erhaltung der Selbſtverwaltung. Die nur aus politiſchen Gründen geforderte allgemeine Auflöſung der Gutsbezirke wird gleichfalls bekämpft. Der Verband begrüßt die Verkleinerung der Wahlbezirke in den Kreiſen. Er lehnt aber mit allem Nachdruck die Beſtimmung ab, wonach die Landgemeindevorſteher willkürlich vom Staatsminiſterium ernannt werden können. Die geſamte Ausübung der Staatsaufſicht muß auch bei den Landgemeinden in einer dem Geiſte wahrer Selbſtverwaltung entſprechenden Weiſe erfolgen.

*

Der in Dortmund tagende

deutſche und preußiſche Städtetag

erhob zur bevorſtehenden Neugeſtaltung des Reichsfinanzausgleichs nochmals die grundlegende Forderung, daß die auf dem Grunde der Selbſtverantwortung ruhende Selbſtverwaltung unter allen Umſtänden auch durch Wiederverleihung der Zuſchlagshoheit zur Einkommenſteuer ihre notwendige Ergänzung finde.

Eine allgemeine **Aufwertung der ſtädtiſchen Anleihen** läßt ſich nach Auffaſſung des Städtetages nach der gegenwätigen Lage der öffentlichen Finanzen nicht rechtfertigen.

In der **Wohnungsfrage** iſt Erreichung der freien Wirtſchaft als Ziel aufzuſtellen. Indeſſen kann dieſes Ziel nur ſchrittweiſe erreicht werden in dem Maße, in dem Angebot und Nachfrage ſich ausgleichen. Einſtweilen muß mit Hilfe der Hauszinsſteuer tatkräftig Förderung des Wohnungsneubaues erſtrebt werden.

Gegen die Abſicht des preußiſchen Handelsminiſteriums, auf Umwegen die ſtädtiſche Elektrizitätswirtſchaft in ſtaatliche Aufſicht zu bringen, wird auf das Schärfſte Stellung genommen.

Angeſtellten-Kandidaturen für den Reichstag!

Die Deutſchnationale Volkspartei teilt mit:

Die Reichsliſte der Deutſchnationalen Volkspartei ſoll nach den Beſchlüſſen des Parteivorſtandes am 4. November auf ihren erſten fünf Stellen unverändert bleiben und folgendermaßen lauten: 1. Staatsminiſter Exzellenz Hergt, 2. Fürſt Otto von Bismarck, 3. Margarete Behm, 4. Walter Lambach, 5. Großadmiral von Tirpitz. Von den hier Genannten ſind Hergt, Bismarck und Tirpitz außerdem in ihren Wahlkreiſen wieder aufgeſtellt worden ſo daß praktiſch wieder auf der Reichsliſte Margarete Behm an erſter und Lambach an zweiter Stelle gewählt werden ſollen. Es iſt ein Beweis für die hohe Achtung, die die Deutſchnationale Volkspartei den Trägern des ſozialen Gedankens entgegenbringt, daß ſie die Heimarbeiterinnenführerin und den Angeſtelltenführer ſo herausſtellt. Außerdem kandidieren aus dem Angeſtelltenſtande wieder der Reichstagsabgeordnete Hartz-Bremen im Wahlkreiſe Weſer-Ems, die Reichstagsabgeordnete Frau Schott in Pommern und der Landtagsabgeordnete Schneider-Mannheim in Baden. Ferner kandidiert das Bürgerſchaftsmitglied Eugen Clauß-Hamburg im Wahlkreiſe Hamburg an 3. Stelle und im Wahlkreiſe Pommern an 9. Stelle Techniker von Lintig.

Der Kommuniſt Simon Maier, wurde geſtern in Innsbruck zu acht Monaten ſchweren Kerkers wegen Verbrechens gegen das Sprengſtoffgeſetz verurteilt. Maier war der Chef der bayriſchen kommuniſtiſchen Waffen- und Munitionsbeſchaffungsorganiſation. Es war ihm ſeinerzeit gelungen, ſich der Verhaftung in Bayern durch die Flucht nach Tirol zu entziehen.

Laut einer Radiomeldung aus Tientſin haben ſich die Generäle Tſchangtſolin und Feng Ju Biang überworfen. Man erwartet, daß ſie gegeneinander die Feindſeligkeiten eröffnen werden.

Deutſchlands angebliche Rüſtung.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Verbreitung von erfundenen Meldungen **über angebliche heimliche Rüſtungen in Deutſchland**, die im Laufe der Generalinſpektion feſtgeſtellt ſein ſollen, hat nunmehr von der franzöſiſchen Preſſe auch auf die „Times“ übergegriffen. **Obgleich angenommen werden kann**, daß auch ein Dementi die **ſyſtematiſch betriebene Hetze nicht zum** Stillſtand bringen wird, ſei gegenüber den einzelnen falſchen Behauptungen der „Times“ folgendes feſtgeſtellt:

1. **In Dresden ſind keine großen Waffen- und Munitionsfunde gemacht worden.** Feſtgeſtellt wurden tatſächlich nur 20 völlig unbrauchbare Armeeſättel, 10 verroſtete Karabiner und 15 Maſchinengewehrläufe.

2. **Bei Krupp iſt nicht die Fabrikation von Gewehrläufen feſtgeſtellt worden.** Die Behauptung, daß gerade bei Krupp unter den Augen der Beſatzungsbehörden 20 000 Gewehrläufe heimlich hergeſtellt werden könnten, richtet ſich ſelbſt.

3. Die zugelaſſene und von den Kontrolloffizieren mehrfach beſichtigte Feſtungsartillerie in Königsberg ſteht nach wie vor unbeweglich auf betonierten Bettungen.

4. Die **Kontrollkommiſſion hat ſich in den letzten Monaten durch annähernd 600 Beſuche** davon überzeugt, daß ſich in den Kammern der Reichswehr auch nicht ein Stück Ausrüſtung mehr befindet, als durch den Vertrag von Verſailles genehmigt iſt.

5. **Es gibt in Deutſchland kein Inſtitut**, das ſich mit der Herſtellung von Kampfgaſen beſchäftigt. Das Kaiſer-Wilhelm-Inſtitut in Berlin ſowie das ihm angeſchloſſene Inſtitut für Phyſikaliſche Chemie und Elektrochemie beſchäftigen ſich lediglich mit humanitären wiſſenſchaftlichen Forſchungen. Die im Kriege für die Herſtellung von Kampfgaſen errichteten Anlagen ſind zerſtört. Dieſe Tatſache iſt der Kontrollkommiſſion, unter deren ſtändiger Kontrolle dieſe beiden Inſtitute ſtehen, ſehr gut bekannt.

Deutſchnationale und engliſche Konſervativen.

Die Preſſeſtelle der Deutſchnationalen Volkspartei teilt mit:

Durch die deutſche Provinzpreſſe geht immer von neuem die bereits dementierte Nachricht, daß „die Deutſchnationalen erſtreben, mit den engliſchen Konſervativen in Berührung zu kommen, und daß führende Mitglieder der Partei ſich demnächſt zu dieſem Zwecke nach England begeben wollen.“ Tatſächlich ſind ſolche Reiſen bisher weder unternommen noch beabſichtigt.

Da aber der Berliner Berichterſtatter der „Times“ dieſe Nachricht herausgegeben haben ſoll, ſcheint uns in gewiſſen engliſchen Kreiſen ein Intereſſe an ſolchen Reiſen deutſchnationaler führender Perſönlichkeiten und an perſönlicher Fühlungnahme mit ihnen zu beſtehen. Wir glauben dieſes Intereſſe, falls es beſteht, als Erfolg der Feſtſtellung würdigen zu dürfen, die der Abg. Hergt in ſeinen letzten Reden machte, nämlich, daß nach der Regierungsübernahme in England durch die Konſervativen auch in Deutſchland eine parallele Politik erforderlich ſei, d. h. daß die Wahl des ſiebenten Dezember die Deutſchnationalen zur Regierung bringen muß.

DUNLOP Vollgummi für Lastwagen

gleich in Qualität und Leistung wie

DUNLOP CORD für Automobile!

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Die Inſel der vorlorenen Schiffe.

Roman von **Crittenden Marriott.**

Ins Deutſche übertragen von **Ottomar Reichard.**

7. Fortſetzung. Nachdruck verboten.

Wenn Dorothy das Mahl bereitet und die „Wirtſchaft“ in Ordnung gebracht hatte, eine Arbeit, die ſie ſich nicht nehmen ließ, geſellte ſie ſich zu Havard und zu ſeinen Netzen. Dann vergingen die Stunden in harmoniſchem Beiſammenſein, ohne daß die beiden viel miteinander ſprachen. In dieſem Schweigen aber und in dieſem gemeinſamen Verſtehen lag eine Harmonie, die ihre beiden Herzen für immer aneinander feſſelte.

Eine Tages, es war dies der fünfzehnte, ſeitdem ſie Schiffbruch erlitten, ſagte Dorothy nach einer dieſer langen Pauſen, indem ſie ſich Havard unvermittelt zuwandte: „Miſter Havard, Sie ſagten neulich, daß Sie nicht mehr ſo empfindlich ſeien. Nun alſo, wollen wir nicht einmal über Ihre Angelegenheit ſprechen?“

Der Offizier errötete.

„Wozu ſoll das gut ſein, Miß Fairal? Gewiß, ich kann Ihnen reinen Gewiſſens verſichern, daß ich unſchuldig bin, aber welcher Angeklagte und Verurteilte würde dies nicht behaupten? Jedenfalls iſt es mir nicht gelungen, meine Richter von meiner Unſchuld zu überzeugen. Iſt es nicht beſſer, ich ſchweige, bis ich die klaren Beweiſe dieſer Unſchuld erbringen kann?“

„Vielleicht haben Sie recht! Und dennoch, ſprechen wir bitte darüber.“

„Gut. Da Sie es wünſchen, werde ich ſprechen.

Am 8. Mai des vergangenen Jahres erhielt ich einen kurzen Brief. Es war eine Frauenhandſchrift. Nur einige Zeilen. Jedes Wort kann ich auswendig, jedes Wort hat ſich in mein Gedächtnis eingeprägt:

‚Lieber Francis, ich bin hier. Suche mich ſo ſchnell wie möglich auf.‘ Unterzeichnet war dieſer Brief mit ‚Dolores‘.

Gewiß, ich hätte der Aufforderung einfach nicht Folge leiſten ſollen. Trotzdem beging ich die Dummheit, hinzugehen. Ich kam in ein Hotel letzter Klaſſe. Die Inhaberin bedeutete mir, daß ich mich in den dritten Stock hinauf auf Zimmer Nummer drei verfügen ſolle. Der Türſpalt ſtand offen. Ich klopfte, und da niemand Herein rief, ergriff ich die Türklinke und trat ein. Auf dem Fußboden lang hingeſtreckt lag eine Frau. Nun beging ich eine zweite große Dummheit. Ich hätte ſofort um Hilfe rufen müſſen. Das tat ich aber nicht, ſondern ich trat näher und beugte mich über den Körper. Vor mir lag eine Tote. Allem Anſchein nach war ſie erdroſſelt worden.

Gerade als ich den Körper herumdrehte, erſchien die Inhaberin des Hauſes in der Türe. Ich gebe zu, daß der Schluß zwingend war: ſie mußte mich für den Mörder halten. Zunächſt verſuchte ſie, mich zu erpreſſen, und als ich ihr Anſinnen, ihr Geld zu geben, empört zurückwies, ſchrie ſie wie eine Verrückte um Hilfe. Leute kamen, und da dieſe Megäre, ohne mit der Wimper zu zucken, ausſagte, daß ſie ſelbſt geſehen hätte, daß ich der Mörder dieſer Frau ſei, wurde ich verhaftet. Später habe ich dann in Erfahrung gebracht, aber ich konnte es nicht beweiſen, daß irgend jemand ſich meines Namens bedient hat, als er dieſe noch ganz junge Perſon heiratete. Sie lebte in einem kleinen Ort in der Nähe von Sant Juan. Es muß gerade zu der Zeit geweſen ſein, als unſer Kreuzer in dieſem Hafen lag. Der Ankläger behauptete nun, daß ich der Gatte dieſer Dolores ſei, daß ich ſie verlaſſen habe, daß ſie mir nach Neuyork gefolgt ſei, und daß ich ihr Mörder wäre. Allerlei Zeugen ſagten aus, daß dieſe Eheſchließung tatſächlich ſtattgefunden hat. Meine Photographie wurde nach Sant Juan de Portorico geſandt, dieſe und andere Zeugen „erkannten“ mich nach dem Bild. Allerdings: einige ſagten auch, daß ſie es nicht beſchwören könnten, und gerade auch der Paſtor, der das Paar getraut hat, wagte nicht, es mit Gewißheit zu beſchwören. Dieſen Entlaſtungszeugen wollten meine Rechtsanwälte ſich natürlich nicht entgehen laſſen. Sie kabelten an den Paſtor, er ſolle vor Gericht erſcheinen. Er ſchiffte ſich auch ein, um nach Neuyork zu fahren. Das Unglück wollte, daß ſein Dampfer unterging, und daß ſo meine einzige Hoffnung zuſammenbrach. Alles was ich tun konnte, war, immer wieder zu verſichern, daß dieſe junge Frau mir nie vor Augen gekommen war, bevor ich ſie, tot in dem Zimmer liegend, fand. Aber meinen Ausſagen wurde nicht geglaubt.

Es iſt ſehr wohl möglich, daß ſogar das Opfer feſt davon überzeugt war, einen Francis Havard geheiratet zu haben. Mein Gott, es gibt vielleicht noch mehr Leute dieſes Namens in der Welt. Vielleicht auch hat ihr Mann ſich rein zufällig gerade dieſes Namens bedient, um ſeine wirkliche Perſon dahinter zu verbergen. Wie dem auch ſei, alles verſchwor ſich gegen mich, und die Jury ſprach einſtimmig ihr Schuldig aus. Dann gelang es mir, zu flüchten; ich ging nach Portorico, immer in der Hoffnung, dort die Beweiſe meiner Unſchuld zu erbringen. Bevor ich aber die Entlaſtungszeugen auftreiben konnte, ſaß ich ſchon wieder in der Falle. Zum zweitenmal wurde ich verhaftet, und ſo kam ich auf die „Queen“. Dies, Miß Fairal, iſt meine Geſchichte. Ich könnte es Ihnen nicht verargen, wenn Sie ſich der Anſicht der Jury anſchließen würden.“

„Da tue ich nicht — — —“

Dorothy konnte den Satz nicht vollenden. Schon zwei Stunden ſaß Jacquett, ſcheinbar völlig geiſtesabweſend, in der Nähe der beiden jungen Leute, die Augen ſtupide auf den ſich vor ihm breitenden Algenmantel geheftet. Plötzlich ſchnellte er auf, richtete ſeinen Revolver auf Havard und ſchrie: „Hände hoch! Hände hoch! Zum Teufel! Aber ſchnell ſage ich Ihnen.“

Ueberraſcht gehorchte Havard, dem erſten Impuls folgend. Auf Jacquetts Geſicht zeichnete ſich der Wahnſinn.

„Lange genug haben Sie ſich hier als Chef aufgeſpielt. Zwei Wochen irren wir ſchon zwiſchen den Wracks herum. Jetzt habe ich genug davon. Ich bin zwar nicht Seemann, aber ich ſehe klar in dieſer Sache. Und wenn einer verſucht, mich hineinzulegen, dann merke ich das. Und das verſuchen Sie. Ich befehle Ihnen jetzt, uns hier herauszubringen.“

Havards Geſicht verfinſterte ſich.

„Sprechen Sie deutlicher,“ ſagte er.

„Verſuchen Sie nicht, mich zu bluffen,“ heulte Jacquett, Havard immer wütendere Blicke zuwerfend. „Ich wiederhole, Sie machen uns glauben, daß Sie uns herausholen werden, und ſeit Wochen tun Sie alles, um unſere Lage zu verſchlimmern. Trotz Ihrer ſchönen Worte wollen Sie uns immer weiter hineinreiten.“

„Ich habe Ihnen ſchon erklärt, Jacquett, daß ich nichts zu unſerer Rettung tun kann, bevor wir nicht inmitten der Wracks liegen.“

„Schwatzen Sie doch nicht ſo dummes Zeug. Sie und Ihre Wracks! Denken Sie, daß ich Ihnen den Unſinn glaube? Bis jetzt habe ich nur ſo getan, weil ich ſehen wollte, wie weit das geht, jetzt aber warte ich keinen Augenblick länger Jetzt heißt's handeln, mein Lieber.“

„Mit Vergnügen!“ erwiderte Havard, die Achſeln zuckend. „Wollen Sie die Freundlichkeit haben, mir zu ſagen, was ich tun ſoll?“

(Fortſetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241118015/fragment/page=0002